

SCHAMPUS MAGAZIN



CHALLENGE ACCEPTED

AUSGABE 88 | 2021 | GRÜNE JUGEND HESSEN

Inhalt

6 – 9

Who got the
authority...?

28 – 29

Meta

10 – 18

Pccolo - Die
sozial-ökologische
Transformation
im Spannungsfeld
von Freiheit und
Gerechtigkeit.

30 – 31

Wahlen ab 16!
Sollten wir nicht
auch eine Stimme
haben?

19

untitled

32 – 33

Moria

20 – 21

Um den Dannen-
röder Wald wird
gekämpft

34 – 39

Resümee

40 – 45

Von der
Stelle kommen

22 – 25

Deutschland und
das anders sein?
Struktureller und
institutioneller
Rassismus

46 – 51

Zeit, die Dinge neu
zu sehen

26 – 27

Straßennamen

52 – 53

Impressum

Es geht um



unsere
Zukunft.

Editorial

Editorial Laura Borgards, KV Hochtaunus

Liebe Freund*innen,

die aktuelle Situation stellt uns alle vor neue Herausforderungen: unsere Wirtschaft, unsere Gesellschaft - aber auch jede*n Einzelne*n von uns. Doch das ist nichts Neues. Nicht nur durch eine Pandemie, sondern im ganzen Leben stößt mensch ständig an Herausforderungen und vermeintliche Grenzen. Sei es die ganz normale Schwierigkeit, seinen Platz im Leben zu finden, oder dass mensch aneckt, weil mensch für seine Werte eintritt - oder anders aussieht.

Herausforderungen. Was ist das überhaupt? Häufig wird das Wort als Euphemismus verwendet, um den Term „Probleme“ zu vermeiden.

Laut Duden sind Herausforderungen jedoch vor allem eines: eine Aufforderung zum Kampf.

Lasst uns kämpfen - für eine solidarische, feministische und vor allem grüne Zukunft.

Viel Spaß beim Lesen.

Eure Schampus-Redaktion

W

H

GOT

AUTHO

Text Bruno Sanzenbacher, KV Offenbach

Policing: verb (used with object), po·lic·ing,
po·liced.

meaning: to regulate, control, or keep
in order by or as if by means of police.

H

O

THE

ORRITY...?

Wenn mensch die Definition für Polizeiarbeit im Thesaurus heranzieht, so sieht mensch direkt die grundlegende historische Unterdrückungsstruktur der Exekutivgewalt Polizei. In der Definition steht nichts von „Freund und Helfer“ oder Schutz der Bevölkerung.

Noch zu oft ist die Polizei eine der Gesellschaft entgegengestellte Kraft, aus Zeiten von Nationalismus und Pickelhaube.

Diese Fehlorientierung sehen wir in Teilen heute immer noch, sei es in Extremfällen wie Polizeimorden (Oury Jalloh), dem „NSU 2.0“ oder putschverblendeten Prepper-Beamt*innen, aber noch viel eher im polizeilichen Alltag von „verdachtsunabhängigen Personenkontrollen“, frust-aggressiven Demo-Polizist*innen und die allgemein rechte und rechtsextreme Einstellung vieler Polizist*innen. Fakt ist: In der Polizei gibt es ein Rassismusproblem.

Wenn wir dieses angehen wollen, reicht es nicht, an der Oberfläche zu kratzen und ein paar ästhetische Veränderungen vorzunehmen - wir brauchen tiefgreifende Reformen.

Zunächst einmal braucht es lückenlose Aufklärung von menschen- und gesetz-verachtenden Taten der Polizei. Dafür müssen polizeiunabhängige, demokratische Strukturen geschaffen werden, die Polizeigewalt aufdecken und strafrechtlich verfolgen; dies geht nur, wenn es eine flächendeckende Kennzeichnungspflicht für alle Polizeibeamt*innen gibt, wie sie beispielsweise in Hessen auf den Weg gebracht wurde.

Denselben Stellenwert muss auch die Prävention von Polizeigewalt bekommen. Diese beginnt mit Rassismussensibilisierung und Deeskalationstraining in der Ausbildung, aber genauso wichtig ist es, rechtsextreme Strukturen innerhalb der Polizei zu verhindern. Dafür benötigen wir vor allem mehr Wissen über die Blackbox Polizei, wir brauchen Sta-

tistiken zur politischen Einstellung von Beamt*innen und eine Dokumentationspflicht bei Polizeikontrollen. In Extremfällen wie der Dessauer Polizei wäre auch die Auflösung und Neugründung von Polizeirevieren ein richtiger Weg.

Zuletzt muss sich auch das Verhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung wandeln.

Ein erster Schritt wäre eine umfassende Legalisierung und Entkriminalisierung in der Drogenpolitik und größere Toleranz bei Bagatellen.

Dadurch würden große, meist marginalisierte Teile unserer Gesellschaft nicht mit fadenscheinigen Gründen kriminalisiert werden, die Polizei könnte sich auf tatsächlich gesellschaftszersetzende Straftaten fokussieren und die Beziehung zwischen Bürger*innen und Exekutive würde sich verbessern. Im Zuge dessen wäre eine Abrüstung der Polizei essenziell. Das allgegenwärtige Tragen einer Schusswaffe ist unnötig und trägt zur Krieger*innenmentalität der Beamt*innen bei. Dies endet zu oft tödlich. Zudem sollten von der Genfer Konvention geahndete Mittel wie Tränengas erst recht nicht Teil der Standardausrüstung von Polizist*innen sein.

Wir brauchen einen substanziellen Wandel der Polizei, vergangen sind die Tage einer übergriffigen Ordnungsmacht. Die Polizei unserer bunten, demokratischen Gesellschaft muss uns alle schützen. Es ist unser Auftrag, im Sinne der Verfassung Veränderungen zu schaffen, damit Artikel 1 - die Würde des Menschen - überall geachtet wird; insbesondere von Staatsorganen wie der Polizei. Wir alle sind gefragt, dies zu ermöglichen. Bringt euch in den Wandlungsprozess ein!

Die sozial-ökologische Transformation im Spannungsfeld von Freiheit und Gerechtigkeit.

Text Philip Krämer, Landesvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen

Der Ausgangspunkt aller wirtschaftspolitischen Überlegungen der GRÜNEN ist es, dass die alten Gegensätze, Ökologie und Ökonomie, in der Form nicht mehr funktionieren und dass die Annahme, die Politik restauriert, was sie bisher gemacht hat und kann dadurch dafür sorgen, dass alles gut bleibt oder gut wird, nicht mehr funktioniert – also dass eben der Widerspruch von Ökonomie und Ökologie an seine Grenzen gerät. Manches einfach zu reduzieren, wenige Dinge nicht mehr zu tun und darauf zu hoffen, dass wir dadurch eine Chance haben, den Wandel aufzuhalten, ist am aktuellen Punkt keine Option.

Wir beobachten auf der einen Seite dramatische Veränderungen durch die Umstellung von industriellen Prozessen, also dem Abschied aus der auf fossilen Rohstoffen basierenden Gesellschaft. Dies passiert in erster Linie im Hinblick auf die Erderwärmung, damit die klimatischen Bedingungen einigermaßen konstant bleiben. Die Frage ist, ob es nicht noch schlimmer oder dramatischer wird. Das hängt in erster Linie davon ab, ob es uns als Gesellschaft unter der Einhaltung von demokratischen und liberalen Spielregeln gelingt, mit den Herausforderungen und Anpassungsprozessen fertig zu werden oder ob wir daran scheitern.

Es geht letztlich um die Frage, ob die Geschwindigkeit der Anpassung unserer Gesellschaft Schritt halten kann mit der Veränderung der ökologischen Umwelt.

Diese Frage kann mensch leider nicht mehr mit einem klaren „Ja“ beantworten, weil die Selbstverständlichkeit, mit der wir immer geglaubt haben, dass wir als westliche Demokratie den anderen eher autoritären Systemen überlegen sind – Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Autonomie oder das liberale Leistungsprinzip – mindestens Konkurrenz bekommen hat. Sowohl völkische als auch autoritäre Regime, schauen wir auf China oder die arabische Welt, werden in den nächsten Jahren in manchen Bereichen ihre wirtschaftliche Überlegenheit ausspielen können. Gleichzeitig wird es auch ökonomisch nicht nur mit der einen Antwort funktionieren, die sagt, dass der Status quo zu verteidigen ist. Und das wäre fast noch die beste Option, die wir haben, weil wir im Wettbewerb der Wirtschaftsräume in Deutschland zurückfallen. Die Fortschrittstechnologien werden mittlerweile an anderen Stellen der Erde entwickelt. Natürlich haben wir weiterhin die alte deutsche Exportstärke im Maschinenbau oder der chemischen Industrie.

Aber sie zu verteidigen heißt Dinge zu verändern, sonst werden unsere Unternehmen in der Konkurrenz mit Playern aus anderen Wirtschaftssystemen ins Hintertreffen geraten.

Das bedeutet aus meiner Sicht zweierlei: Erstens benötigen wir klare politische Verabredungen, wohin die Leitlinien der Wirtschaftspolitik ausgerichtet werden, beispielsweise in welche Bereiche investiert werden soll. Ohne der Großen Koalition zu nahe treten zu wollen, aber wenn jede Entscheidung auf unentschieden gestellt wird, gibt das keine klare Richtung vor. Dementsprechend ist das eigentlich die Grundlage für das Gelingen der Transformation unseres Wirtschaftssystems. Die Vergangenheit, also beispielsweise Kohleverstromung und Verbrennungsmotoren, muss etwas teurer als die Zukunft, also erneuerbare Energien und Antriebssysteme, die nicht auf dem Verbrennungsmotor basieren, sein.

Zweitens müssen wir selbstverständlich über Geld reden.

Im Vergleich mit den USA, China, auch den skandinavischen Ländern oder dem Baltikum kann mensch das präzise angeben: Die öffentliche Hand in Deutschland investiert zu wenig in ihre Infrastruktur und das wird sich irgendwann gesellschaftlich bemerkbar machen bzw. macht es sich seit einiger Zeit schon. Im Moment leben wir quasi vom Bestand an gebauten Schulen, Brücken oder auch Abwasserkanälen.

Gerade in den Kommunen macht sich das mit einem unheimlich hohen Investitionsstau bemerkbar.

Wir hatten in den 70er Jahren eine Investitionsquote von

vier Prozent, also dem Anteil der investiven Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt, die dann wiederum zur massiven Verschuldung geführt hat, weshalb die richtigerweise und flächendeckend eingeführten Schuldenbremsen allen Ebenen überhaupt erst wieder eine gewisse Handlungsfähigkeit gegeben haben, sowie die Möglichkeit dem Gestaltungswillen wieder nachzukommen.

Umgekehrt haben wir heutzutage aber eine andere Situation: Wir müssen feststellen, dass wir im Vergleich der Investitionen in die öffentliche Infrastruktur hinter fast alle Nationen zurückfallen, mit denen wir in einem Konkurrenzverhältnis stehen, und das eben nicht nur in der EU, sondern auch gegenüber China und den USA. Der OECD-Schnitt liegt bei drei Prozent Investitionsquote, Deutschland ist aktuell knapp über zwei Prozent. Im Bereich Forschung und Entwicklung wird es sogar noch deutlicher: Hier haben wir einen Nachholbedarf von 70 % zum OECD-Schnitt. Und das ist nicht nur ein theoretisches Problem, sondern ein anschaulich praktisches, wenn ihr beispielsweise Schulen in den oben genannten Ländern mit denen in Deutschland vergleicht.

Das geht aber auch darüber hinaus: Die Investitionen in eine Produktionsweise, die Ressourcenverbrauch und CO₂-Ausstoß voneinander entkoppelt, werden gigantisch sein – von der chemischen Industrie über den Maschinenbau und die neuartigen Prozesse, Energie herzustellen: Wasserstoff-Technologien oder auch power-to-x-Prozesse, also erneuerbaren Strom durch chemische Prozesse in Speichermedien umzuwandeln.

Und die Anschaffung dieser Speicherblöcke sind jedes Mal wieder eine riesige Investition, die allein die öffentlichen Haushalte massiv überfordern würde, sodass wir hier vor allem auf private Investitionen angewiesen sind, die aber gezielt durch eine fokussierte Wirtschaftspolitik forciert werden müssen.

Daher ist es meines Erachtens nach notwendig, den Investitionsbegriff neu zu begreifen: Die Boston Consulting Group und prognos haben im Auftrag des BDI 2018 die Studie „Klimapfade für Deutschland“ herausgegeben. Darin wurde ausgerechnet, welche Investitionen in den verschiedenen Bereichen notwendig wären, um unsere selbstgesetzten Klimaziele einzuhalten. Insgesamt landen wir bei einer Summe von 1,5 bis 2,3 Billionen Euro bis 2050. Jetzt könnte mensch fragen: Wer soll das bezahlen? Wir sind uns sicherlich einig, dass die massive Verschuldung der öffentlichen Haushalte kein sonderlich nachhaltiger Zustand ist. Spannend wird es aber in der Auswertung der Studie: „Bei optimaler politischer Umsetzung wäre die gesamtgesellschaftliche Auswirkung [...] dennoch neutral („schwarze Null“) [...]“. Das bedeutet, wir haben an dem Punkt eine riesige Chance, die getätigten Ausgaben auf lange Sicht wieder einzunehmen. Gleichzeitig kommen die Ersteller*innen der Studie zu dem Schluss, dass die Klimaschutzbemühungen den deutschen Exporteur*innen weitere Chancen auf den Klimashutzmärkten eröffnen könnten. Daher glaube ich:

Wenn mensch die Zukunft gewinnen will, muss mensch den Schritt in die Zukunft auch gehen!

Zusammenfassend: Wenn wir die Aufgaben der Zeit nicht in Angriff nehmen und Politik eher als Verwalterin des Status quo begreifen, werden wir weder die ökologische Krise in den Griff bekommen, noch mittelfristig konkurrenzfähig im globalen Wettbewerb sein. Daher müssen wir unsere ökonomischen Grundlagen modernisieren, um beides zu gewinnen und damit das Fundament zu schaffen, dass wirtschaftliche Prosperität und gesellschaftlicher Wohlstand erhalten bleiben. Wenn wir das nicht tun, werden wir in der Konkurrenz mit anderen Ländern dramatisch zurückfallen und wir verlieren, pathetisch gesprochen, am Ende möglicherweise sogar die Auseinandersetzung um die menschen- und zukunftsorientierte Form von gesellschaftlicher Aus-

richtung. Und das ist im Kern die Aufgabe von Politik, wie ich sie verstehe und darin ist Wirtschaftspolitik ein Teil, der immer im Verhältnis zu allen anderen Politikfeldern steht. Diese Ordnung müssen wir im nächsten Jahrzehnt neu und modern ausgestalten.

Abgeordnete

Tarek Al-Wazir

Stellv. Ministerpräsident –
Minister für Wirtschaft, Energie,
Verkehr und Wohnen

Kathrin Anders – 770

Sprecherin für frühkindliche
Bildung und Grundschulen

Marcus Bocklet – 633

Stellv. Fraktionsvorsitzender –
Sprecher für Soziales, Gesund-
heit und Pflege

Silvia Brünnel – 782

Sprecherin für Frauen, Demo-
grafie, Senior*innen, Inklusion,
Familie und Politische Bildung

Taylan Burcu – 783

Sprecher für Integration,
Migration und Flüchtlinge

Miriam Dahlke – 784

Sprecherin für Finanzen,
Europa und Haushaltskontrolle

Frank Diefenbach – 785

Sprecher für Weiterführende
Schulen, Wald und ländlichen
Raum

Angela Dorn

Ministerin für Wissenschaft
und Kunst

Nina Eisenhardt – 787

Sprecherin für Hochschule und
Wissenschaft

Martina Feldmayer – 748

Stellv. Fraktionsvorsitzende –
Sprecherin für Umwelt- und
Klimaschutz

Hildegard Förster-Heldmann – 580

Stellv. Fraktionsvorsitzende –
Sprecherin für Bau-, Wohnungs-
und Rechtspolitik

Jürgen Frömmrich – 632

Parlamentarischer Geschäfts-
führer – Sprecher für Medien-
politik und Landespersonal

Eva Goldbach – 744

Stellv. Fraktionsvorsitzende –
Innenpolitische Sprecherin

Vanessa Gronemann – 788

Sprecherin für Verbraucher-
schutz, Naturschutz und Sport

Priska Hinz

Ministerin für Umwelt, Klima-
schutz, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz

Markus Hofmann – 733

Sprecher für Kommunales,
Handwerk und Mittelstand

Frank Kaufmann – 747

Sprecher für Haushalt, Flughafen Frankfurt, Landesentwicklung und Regionalplanung

Kaya Kinkel – 673

Sprecherin für Wirtschaft, Energie und Schutz der Werra

Kai Klose

Minister für Soziales und Integration

Torsten Leveringhaus – 741

Sprecher für Digitales und Datenschutz

Felix Martin – 749

Sprecher für Queerpolitik, Jugend, Ausbildung, Arbeitsmarkt, Antidiskriminierung und Kommunalfinanzen

Daniel May – 794

Sprecher für Bildung, Hochschulen für Angewandte Wissenschaften und Hochschulmedizin

Karin Müller – 745

Vizepräsidentin des Hessischen Landtags – Sprecherin für Verkehr

Hans-Jürgen Müller – 756

Sprecher für Landwirtschaft, Tierschutz und Jagd

Lukas Schauder – 758

Sprecher für Extremismusprävention, Demokratieförderung und Justizvollzug

Katrin Schleenbecker – 764

Sprecherin für Berufliche Schulen, lebenslanges Lernen, Religion

Mirjam Schmidt – 768

Sprecherin für Kunst und Kultur

Mathias Wagner – 746

Fraktionsvorsitzender

Katy Walther – 769

Sprecherin für Straßenbau und Lärmschutz

Mitarbeiter*innen

Pressestelle – 597

presse-gruene@ltg.hessen.de

Jasmine Sörgel – 651

Sekretariat Kathrin Anders,
Marcus Bocklet, Silvia Brünnel,
Taylan Burcu, Daniel May

Cornelia Döring – 654

Sekretariat Miriam Dahlke,
Martina Feldmayer, Vanessa
Gronemann, Frank Kaufmann,
Karin Müller

Stefanie Euler – 603

Sekretariat Frank Diefenbach,
Hilde Förster-Heldmann, Eva
Goldbach, Kaya Kinkel, Hans-
Jürgen Müller, Lukas Schauder

Katharina Herber – 740

Sekretariat Nina Eisenhardt,
Markus Hofmann, Torsten
Leveringhaus, Felix Martin,
Katrin Schleenbecker, Mirjam
Schmidt, Katy Walther

Jessica Höhn – 590

Sachbearbeitung und
Sekretariat Mathias Wagner

Gabriela Rehbein – 582

Geschäftszimmer und
Sekretariat Jürgen Frömmrich

untitled

Grafik Niklas Brückner, KV Offenbach

Magenta-T- LTE 010:11 51100110%

< Notizen



Alle fenster sind offen
mir ist kalt
Nightmode LEDs
digital asphalt

1008,0 & 0&1
swipe left swipe right
mein screen doch lieber weiß?

Uspace myspace
lchi, ni, san, shi
uspace myspace
lchi, ni, san, s hi

Lightmode LEDS
digital Asphalt
Alle fenster sind geschlossen
Mir ist kalt



Handwritten binary code and symbols at the bottom of the page, including a checkmark, a camera icon, and a warning sign.

Um den Dannenröder Wald wird gekämpft

Text Emelie Diefenbach, KV Odenwald

Foto Anna Pirot

Keine A49 - so lautet das Ziel der mehreren hundert Aktivist*innen, die seit dem 1. Oktober 2019 den Dannenröder Wald besetzen. Die A49 soll durch den Dannenröder Wald, den Maulbacher Wald und den Herrenwald führen, um Kassel und Gießen zu verbinden. Die Schutzgemeinschaft Gleental e.V. sowie die Aktionsgemeinschaft „Schutz des Ohmtals“ e.V. setzen sich für den Erhalt des Waldes ein. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Hessen reichte mehrmals beim Bundesverwaltungsgericht Klage ein. 2019 haben sich die verschiedenen Initiativen zum Aktionsbündnis „Keine A49!“ zusammengeschlossen. Mit dem Blick auf die notwendige Mobilitätswende und die Klimabelastung fordern auch die BundesGRÜNEN den Baustopp der A49. Vor Ort und auf Hessen Ebene kämpft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schon seit mehr als 40 Jahren gegen die A49.

Durch den Bau der Autobahn werden außerdem bedeutende Trinkwasserschutzgebiete gefährdet, das bestätigte auch das Bundesverwaltungsgericht. Der Bau der A49 wird nicht nur einen gesunden Mischwald zerstören, sondern auch wertvolle Acker- und Wiesenflächen.

Es gibt allerdings auch Befürworter*innen der A49 wie z. B. Anwohner*innen der stark befahrenen Bundesstraßen B3 und B62. Sie erhoffen sich, dass sie durch die neue Autobahn vom Lärm und Verkehr entlastet werden. Bislang rollen manchmal bis zu 1.000 LKWs am Tag durch die Ortschaften. Einige Unternehmer*innen, Institutionen und Politiker*innen der Region haben sich im „Arbeitskreis A49“ zusammenge-



schlossen. Sie erhoffen sich vor allem wirtschaftliche Vorteile der Region und unter anderem zusätzliche Arbeitsplätze.

Mensch sieht, es gibt zu diesem Thema die verschiedensten Meinungen. Wir als GRÜNE JUGEND Hessen sprechen uns für den Erhalt des Dannenröder Waldes und für eine Verkehrswende aus. Uns ist es wichtig, den gesunden und wichtigen Mischwald zu erhalten, statt eine neue Autobahn zu bauen - für Mensch, Tier und Umwelt. Wir unterstützen die friedlichen Aktivist*innen mit voller Kraft!

#WaldStattAsphalt

Deutschland und das anders sein? Struktureller und institutioneller Rassismus

Text Emre Telyakar, KV Frankfurt

Was heißt es schon, hier geboren zu sein? Das Leben durch die Brille der Eltern zu sehen, die sich stets bemühen, behütet und normal aufzuwachsen. In einer Metropole, fast so faszinierend wie New York: Frankfurt am Main. Mein Freundeskreis? Kommt gefühlt aus der ganzen Welt, um genau zu sein: Menschen aus über 180 Nationen, über 55 % der Stadtbevölkerung haben Migrationsgeschichte in der Familie vorzuweisen. Schafft diese Mehrheit Normalität und Akzeptanz, oder verbirgt sich unter der Oberfläche ein schlafender Riese?

Mein Freund Mehmet bekam nach der 4. Klasse eine Hauptschulempfehlung, heute arbeitet er als Jurist beim hessischen Verwaltungsgerichtshof. Ich selbst? Abitur mit 2,4, anschließend der Traum, Wirtschaftsinformatiker zu werden, bei vielen Bewerbungen die Rückmeldung: „Leider ist die Bewerbungslage ziemlich dicht, aber wir haben noch freie Plätze als Elektriker oder Mechaniker.“ Ich, heute:

Elektriker, Schicht für einen Hungerlohn gearbeitet, gekündigt und Studium mit 24 angefangen, ein beschissener Kampf!

Einmal das komplette Bildungssystem von unten nach oben durch, Potenziale in sich wecken, Erwartungen von Lehrer*innen trotzen, Widerstand erfahren, um am Ende doppelt so viel leisten zu müssen wie die Mitschüler*innen- und das für einen Abschluss, den einem eh niemand zugetraut hatte.

Zig tausendster Einzelfall oder Normalität von jungen Black, Indigenous und People of Color (kurz BIPOC), persönliches Versagen und Zweifel oder struktureller Rassismus?

Doch was ist dieser strukturelle und institutionelle Rassismus, wo kommt er her und in welche Art von Abfall gehört er? Beim strukturellen Rassismus geht es nicht um eine Interaktion zwischen zwei Menschen, sondern um rassistische Strukturen und Entscheidungsabläufe. Diese routinierten Abläufe sind meist so ausgestattet, dass BIPOCs überdurchschnittlich oft benachteiligt werden. Einige verdeutlichende Beispiele finden sich im Bildungssystem, dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, der Wissenschaft, dem Gesundheitswesen, polizeilichen Kontrollen oder aber auch bei der politischen Beteiligung. Wie weitreichend diese Probleme sein

können? George Floyd ist das traurigste Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit, in dem institutioneller Rassismus und Rassismus zu Mord führten. Rassistische Polizeikontrollen gehören ebenso zu Auswirkungen eines Rassismus, der sich teilweise institutionell reproduziert.

Menschen zu migrantisieren und nach äußerlichen Merkmalen zu kontrollieren ist illegal, da hat Horst recht...

die Realität sieht leider anders aus, so auch die „Second European Union Minorities and Discrimination Survey“ aus dem Jahr 2017. Doch was passiert, wenn ständig BIPoCs an Flughäfen, Bahnhöfen oder öffentlichen Plätzen kontrolliert werden? Nennt sich selbsterfüllende Prophezeiung: Umso mehr Kontrollen bei bestimmten Ethnien, desto mehr Straftaten und Ordnungsdelikte kommen dabei zusammen. Die Polizei: fest davon überzeugt, dass ihre Arbeit zum Ziel führt - und die Vorgehensweise der Selektion auch.

Ob die Repräsentanz in der Politik, Institutionen, die Chance auf eine Ausbildung oder eine gute Schulempfehlung, die Chance auf eine Wohnung in einer netten Gegend oder das ungestörte „sein“ ohne ständig von der Polizei kriminalisiert zu werden - das ist Alltag vieler Migrant*innen oder Menschen mit Migrationsgeschichte in der Familie. Worauf das zurückzuführen ist? Hat zum Großteil etwas mit dem „Othering“, aber auch dem Kolonialismus und der weißen Vorherrschaft weltweit zu tun. Menschen und Gruppen als „anders“ abzustempeln: Das Kreieren eines „Wir“ gegenüber dem „Ihr“, das pauschale Zuschreiben bestimmter, meist negativer Werte und das anschließende Abgleichen zwischen der eigenen und der anderen, „fremden“ Gruppe und das damit einhergehende Abwerten dieser Menschen und Gruppen. Dabei reicht es, Muslima zu sein, eine andere Hautfarbe zu haben oder auszusehen wie ein Alman, aber einen türkischen Namen zu haben. Diese geschaffenen

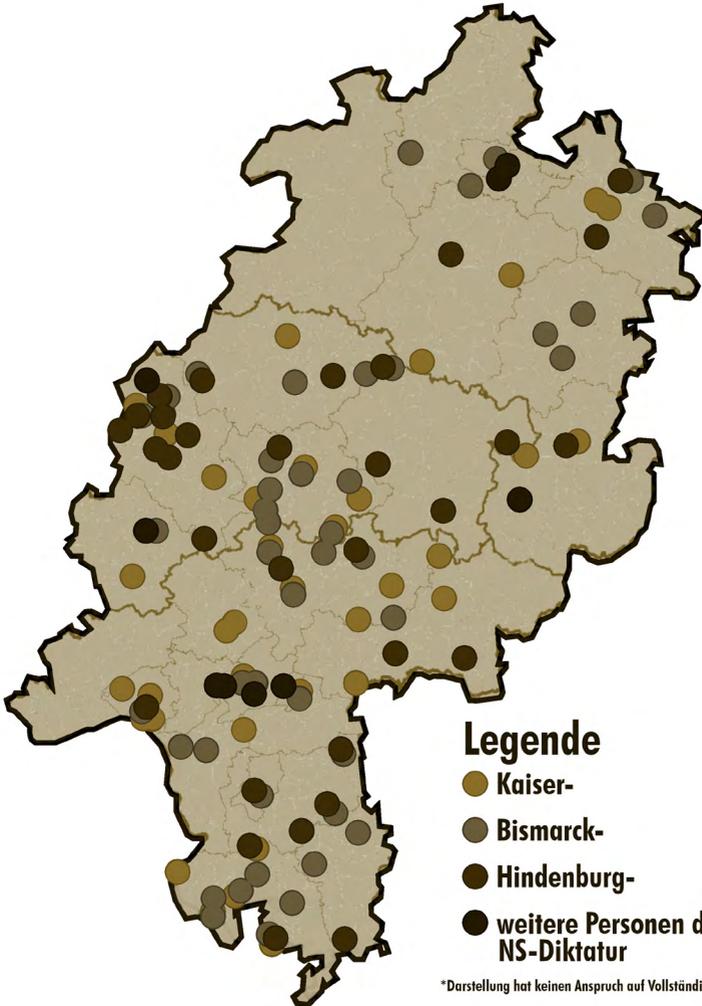
Narrative sind oftmals der Nährboden für weitreichende Benachteiligung, Diskriminierung und Rassismus, aber auch bis hin zu Anschlägen wie in Halle oder Hanau.

Was wir dagegen tun können? Liebe zeigen, den Mensch in den Vordergrund stellen, entschlossen gegen negative Narrative und Pauschalisierungen stehen, aber vor allem Betroffenen zuhören, Allys-hip an den Tag legen und den antifaschistischen Kampf weiter führen, für unsere offene Gesellschaft und ein gutes Leben für alle!

Es darf nämlich keine Politik mehr über Betroffenheiten hinweg geben - Betroffenen muss die Chance gegeben werden, selbstpartizipierend mitzuwirken und zu gestalten und dabei braucht es auch ein Aufarbeiten der strukturellen Benachteiligung innerhalb des eigenen Verbandes. Woran liegt es, dass unterdurchschnittlich wenige Menschen mit Migrationsgeschichte bei uns in der GRÜNEN JUGEND Hessen aktiv sind, kaum in Vorständen oder Machtpositionen sind und sich oftmals nicht wohlfühlen, von den GRÜNEN ganz zu schweigen? Es ist schade und traurig, aber auch eine Chance für uns, zu zeigen, wie es besser geht, wie wir alle zusammenkommen können und von unten nach oben treten.

Straßennamen

Text und Grafik Clara Sanzenbacher, Bruno Sanzenbacher, KV Offenbach



119 Straßen in Hessen

Das ergab unsere Recherche: Mindestens 119 Straßen in Hessen sind nach Antidemokraten, totalitären Herrschern, Wegbereitern der NS-Herrschaft und Persönlichkeiten dieser benannt. Hierbei war unsere Stichprobenmenge noch sehr limitiert. Hauptvertreter sind die Kaiser des Deutschen Reiches, Bismarck und Hindenburg, aber auch Straßen, die nach Erwin Rommel und Gustaf Krupp benannt sind, finden sich in Hessen. Auffallend ist, die gleichmäßige Verteilung der aufgeführten Straßen, das Problem ist also allgegenwärtig.

Warum ist das wichtig?

Unsere Straßen sind kein Museum zur kritischen Einordnung der Geschichte. Der öffentliche Raum ist hochpolitisch, hier entscheidet sich der moralische Blick auf die Vergangenheit und folglich der in die Zukunft. Eine Straßenbenennung ist also nicht wertfrei, sie ist immer die Würdigung einer Person durch den Staat. Klar ist: ein Wandel der Straßennamen löst nicht unser gesellschaftliches Rassismusproblem, aber eine Gesellschaft, die sich nie den Gräueltaten ihrer Geschichte stellt und deren Akteur*innen weiterhin glorifiziert, kann den Rassismus nie überwinden.

Die Frage ist: Sind Antidemokraten, Kolonialisten, Unterdrücker und Völkermörder immer noch die Vorbilder unserer Gesellschaft?

Woher kommen diese Namen?

Die meisten dieser Straßennamen stammen aus der Zeit nach dem Kaiserreich, insbesondere aus der NS-Herrschaft. Dennoch, bedienen sie sich nicht nur an NS-Größen sondern ehren auch Kolonialisten und Unterdrücker der deutschen Geschichte, zum Teil aus ideologischer Nähe oder um die NS-Herrschaft zu legitimieren. Ein Beispiel: Die heutige Kaiserstraße in Offenbach hieß während der 20er-Jahre noch Straße der Republik, dies änderte die NSDAP nach der Machtergreifung zu Kaiserstraße, welche dann in der BRD einfach übernommen wurde. Mensch sieht also, dass Straßennamen ein wichtiges Propagandamittel der Nazis waren, welche bis heute ihre Ideologie überall in Hessen und ganz Deutschland repräsentieren.

Das kann mensch tun:

Straßenbenennungen sind einer von vielen Bereichen, in denen bedeutender Wandel auf lokaler Ebene geschehen kann. Jede Kommune hat die AG Straßenbenennung, meist ist diese durch Vertreter*innen aller Parteien besetzt, spricht also einfach eure Ansprechpartner*Innen bei den Altgrünen an. Austausch mit anderen Jugendorganisation ist auch sinnvoll, denn am besten ist es, wenn ein breiter Konsens über die Umbenennung entsteht. Pro-Tipp: Es werden auch gleich mehr Straßen zur Benennung nach FIN-TA*-Personen frei.

*Wenn in Formulierungen die gegenderte Variante fehlt, ist dies intentional, um die geschlechtliche Identität dieser Personen hervorzuheben.

Meta

Text Karen von Rügen, KV Marburg-Biedenkopf
Foto Anna Pirot

Herausforderungen. Ganz schön großes Wort. Und dann noch so allgegenwärtig. Egal, wo mensch hinsieht – überall lauern sie, die Herausforderungen. Die Klimakrise, die Corona-Pandemie, die Gleichberechtigung, die Außen- und Innenpolitik, allesamt zum Rand voll mit Herausforderungen. Und im privaten Umfeld wird es nicht besser: In der Schule oder Uni, auf der Arbeit,

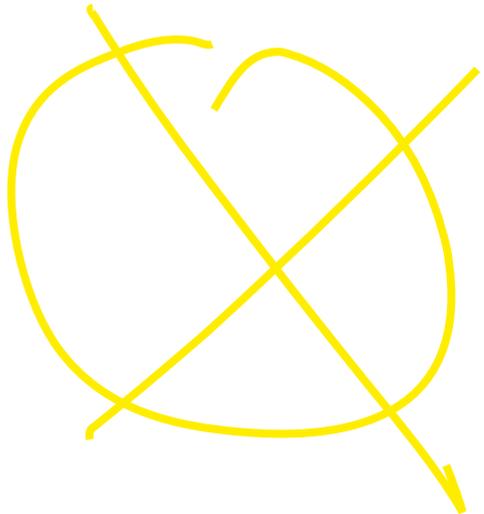
im Freundeskreis und in der Familie. Hinter jeder Ecke neue Herausforderungen. Es geht zu wie im Zirkus. Politiker*innen stehen in der Manege und versuchen, die Bälle in der Luft zu halten. Manche Bälle sind groß, schwer sind sie noch dazu. Die Klimakrise ist wie ein Medizinball, dafür sind schon beide Hände nötig. Andere sind eher Golfbälle, die können schon ziemlich hoch geworfen werden. Aber auch die dürfen nicht auf den Boden fallen.

Auf den Publikumsrängen sitzen Menschen und gucken zu, wie sich die Politiker*innen abmühen mit ihren Bällen. Manche von ihnen können das Spektakel genau beobachten, sie haben schließlich selber nur ein paar kleine Bälle, die sie in der Luft behalten müssen. Da kann mensch schon mal den Blick abwenden. Andere wiederum haben so viele Bälle, dass sie kaum noch Zeit haben, in die Manege zu blicken. Wieder andere versuchen, trotz ihrer vielen Bälle das Geschehen unten nicht außer Acht zu lassen. Einige sitzen allerdings hinter den Säulen, die das Zelt tragen. Sie müssen sich ganz schön recken, um unten etwas zu sehen, und werden selbst kaum wahrgenommen als gleichberechtigte Teilnehmer*innen.

So sitzen sie also alle da und jonglieren mit ihren Herausforderungen, was wirklich eine Herausforderung ist.

Wahlen ab 16! Sollten wir nicht auch eine Stimme haben?

Text Leonie Scheurell, KV Kassel



Ob auf Kommunal- oder Landesebene, in vielen Bundesländern dürfen 16-Jährige schon ihre Stimme abgeben. Mittlerweile gilt das Wahlrecht ab 16 auf der Kommunal-ebene schon in 10 Bundesländern und auf Landesebene in 4 Bundesländern.

Jedoch nicht in Hessen! Hessen hatte 1998 kurzzeitig ein Wahlrecht ab 16 eingeführt. Roland Koch (CDU) hat dieses 1999 wieder rückgängig gemacht.

Es ist einen neuen Versuch wert, Wählen ab 16 einzubringen.

Durch den Versuch der GRÜNEN JUGEND, das Wahlalter ab 14 einzubringen, und mit der Einigung der GRÜNEN, das Wahlalter ab 16 in das Wahlprogramm aufzunehmen, ist schon ein guter Schritt geschaffen. Doch das Thema sollte bei allen Leuten noch präsenter sein, mehr diskutiert und beredet werden. Auch bei der Umsetzung ist noch Luft nach oben.

Durch die momentane Pandemie haben 16-Jährige gelernt, mit Entscheidungen umzugehen, die große Auswirkungen haben. Viele haben positive Entscheidungen getroffen, um das Leben von anderen Menschen zu retten, und konnten beweisen, nicht selbstsüchtig und naiv zu sein.

Es wird immer Menschen geben, die nicht über ihre Taten oder über deren Konsequenzen nachdenken - andersrum gibt es auch sehr viele Menschen, die sehr gut schon im Alter von 16 Jahren mit diesen Rechten umgehen können.

Als Beweis findet mensch dies bei Bundesländern, welche dies schon erfolgreich eingeführt haben.

Für viele Jugendliche ist die Politik ein großer Teil ihres Lebens: Wir wollen diskutieren und helfen.

Aber genauso wollen wir mit unserer Stimme Menschen unterstützen,

die unsere Punkte weitertragen.

Denn nur, wenn wir unsere Stimme abgeben, zählt sie für uns.

Wir könnten viele Jugendliche motivieren, sich mehr mit Politik zu beschäftigen, die es noch nicht tun. Es kann nur positive Auswirkungen haben - deswegen sollten wir uns dafür einsetzen.

Die 16-Jährigen bekommen mehr Ansehen, da wir unsere eigene Stimme abgeben können und zu unserer Meinung stehen können und müssen.

Die GRÜNEN haben bei Wahlen meist überdurchschnittlich viele junge Wähler*innen.

Durch eine Herabsetzung des Wahlalters würden sie mehr Stimmen bekommen, was sich nur positiv auf die Entwicklung der Partei auswirken würde und den Jugendlichen nicht die Politik vorenthalten würden.

Gebt den Wahlen ab 16 eine Chance, damit auch 16-Jährige ihre Stimme abgeben dürfen.

Die GRÜNEN und auch die GRÜNE JUGEND bekommen durch mehr Stimmen eine bessere Repräsentation, mit mehr Respekt und Vertrauen.

Wir sollten die gegebene Chance nutzen und sie ergreifen, doch nicht ihr im Wege stehen.

Moria

Text Vanessa Neumann, KV Fulda

Moria - diesen Namen hat sicherlich jede*r in den letzten Wochen schon mal gehört.

Ein Camp für Geflüchtete auf der griechischen Insel Lesbos. Es ist das größte in der EU, und war für 2.800 Menschen ausgelegt – zeitweise waren dort aber 20.000 Menschen untergebracht. Anfang September fing das Camp an zu brennen. In Moria herrschten schon jahrelang wegen der Überfüllung katastrophale Verhältnisse: Die Menschen lebten in zu großen Gruppen auf zu kleinem Raum, sie mussten stundenlang anstehen, um Essen zu bekommen, das kaum reicht, um zu überleben, und erst recht nicht, um satt zu werden.

Als Corona nach Europa kam, war klar, dass sämtliche Regeln, die in den einzelnen Ländern angeordnet wurden, sich nicht in Moria durchsetzen ließen. In Moria konnten die Menschen keinen Abstand halten, es war auch nur sehr wenigen möglich, sich überhaupt eine Maske zu leisten. Es war klar, wenn ein Mensch im Camp an Corona erkrankt, wird es nicht möglich sein, eine Ausbreitung zu verhindern. Warum wurde da nicht schon gehandelt? Warum musste es erst so weit kommen? Viele dachten, schlimmer kann es nicht mehr werden, doch dann kam die Nachricht, dass Moria brennt. Überall in Deutschland gab es an den darauf folgenden Tagen unter dem Motto #WIRHABENPLATZ ganz viele Demonstrationen. Aber auf die Frage, ob und wie viele Menschen wir aufnehmen, antwortete Innenminister Horst Seehofer, 'man' müsste auf eine europäische Lösung warten. Auf eine europäische Lösung? Wann soll was passieren, wenn keine*r etwas tut? Wie lange sollen diese Menschen denn noch in diesem menschenunwürdigen Zustand leben? Was tut die Politik in Europa? Sie baut auf Lesbos ein neues #Moria auf einem alten Militär-Übungsplatz. Kann denn nicht endlich eine richtige Lösung her? Moria war auch nur eine Zwischenlösung und jetzt kommt wieder nur eine Zwischen-

lösung. Dabei sollte doch die im Grundgesetz verankerte, Unantastbarkeit der Würde des Menschen genau so eine unmenschliche Situation für immer verhindern. Doch da Moria so weit weg scheint und nicht in Deutschland ist, muss sich jemensch anders darum kümmern. Dabei haben wir wohl vergessen, dass Ursula von der Leyen Präsidentin der EU-Kommission ist, und dass Moria, obwohl es so weit weg schien, immer noch in der EU ist. Wir tragen Verantwortung, denn auch Art. 1 der EU-Menschenrechtscharta regelt die Menschenwürde und so, wie es dort steht, ist die Würde des Menschen unantastbar, es ist die Pflicht der staatlichen Gewalt, diese zu achten und zu schützen. Warum wird die Würde der Menschen auf Lesbos, Kos, Samos usw. nicht anerkannt? Solche Grundrechte sollten für alle Menschen da sein und nicht nur für Menschen, die in der EU geboren sind.

Es ist wichtig, dass es Leute und Parteien gibt, denen das Leben der anderen Menschen nicht egal ist, die aufstehen und auf die Straßen gehen, die in den Parlamenten sitzen, mitreden und nach guten Lösungen suchen. Dafür stehen wir ein.

RE SÜ MEE

Text Sascha Meier, KV Offenbach
Foto Anna Pirot



18. März 2018 bis 03. Oktober 2020. 930 Tage, 132 Wochen und 5 Tage oder 30 Monate und 14 Tage oder 2 Jahre und 198 Tage.

So lange war ich Teil des Landesvorstandes der GRÜNEN JUGEND Hessen. In wechselnden Rollen, in einer sich stetig wandelnden politischen Lage.

Es ist Zeit, ein Resümee zu ziehen.

Ich wurde am 18. März 2018 zum ersten Mal in den Landesvorstand gewählt. Meine Rolle war mir weder nach außen noch nach innen bewusst. Politische Arbeit oder gar die Vorbereitung von Anträgen zum damaligen Landtagswahlprogramm waren mir gänzlich fremd. Super Ausgangspunkte für eine anstehende Landtagswahl.

Umso erfreulicher war es für mich, dass BÜNDNIS90 / DIE GRÜNEN in Hessen am 28. Oktober 2018 mit dem besten Wahlergebnis aller Zeiten bei einer Landtagswahl abgeschnitten und einen Koalitionsvertrag verabschiedet haben, der in Sachen Bildungsgerechtigkeit, Chancengerechtigkeit, Gleichstellung und Klimaschutz in die richtige Richtung ging.

Die folgenden anderthalb Jahre, nun als Sprecher dieses Landesverbandes, beinhalteten neben dem Europawahlkampf auch die herausforderndsten politischen Kämpfe für mich: Der Ausbau der A49 und die Umsetzung des Landesaufnahmeprogramms. Der Spagat zwischen Idealismus und Realpolitik ist dabei erdrückend. Keine Autobahnausbauten zu wollen, aus einer demokratischen Perspektive den Bau aber mittragen zu müssen, sofort den Menschen in Moria oder in anderen Lagern zu helfen und sie aus ihrem Elend zu befreien, aber politische Entscheidungen des Bundes abwarten zu müssen.

Politisch keine schnelle Lösung anbieten zu können, die auch rechtlich Bestand hätte, zerrt an den Nerven. Trotz-

dem gehören beide Kämpfe zu den wichtigsten und wohl spannendsten Kämpfen, die ich geführt habe. Auch wenn sie nicht so ausgefallen sind, wie ich es mir erhofft hätte. Neben erfolgreichen Kämpfen rund um das Wahlprogramm und auch den Koalitionsvertrag freue ich mich heute, dass konkrete Wahlkampfziele der GJH umgesetzt werden. Sei es die Ausgabe von kostenlosen Hygiene- und Verhütungsmitteln, der Hochschulpakt oder die Einführung einer*s Polizei- und Bürger*innenbeauftragte*n.

Auch die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Bewegungen begleitete mich in meinen Amtszeiten. Sie erweiterte meinen Horizont und machte klar: Es gibt so viele junge Menschen, mit denen wir gemeinsam für ähnliche oder dieselben Ziele kämpfen können.

Die Kids von FridaysForFuture, mit denen wir gemeinsam für einen schnellen Kohleausstieg demonstriert haben, der Kampf gegen Rassismus, den wir an der Seite der BlackLivesMatter Bewegung gekämpft haben. Gemeinsam mit diesen Bewegungen und anderen linken Jugendorganisationen hat und wird die GJH auch zukünftig für das gute Leben für alle kämpfen!

Gesellschaftliche Veränderungen geschehen nur sehr langsam. Bis unsere Ziele in der Bundespolitik oder auf europäischer Ebene umgesetzt werden, dauert es meistens sehr lange. Diese Kämpfe sind an der einen oder anderen Stelle ermüdend.

Vor allem, wenn wir sehen, dass sich eine Baustelle nach der anderen auftut und sich mit jeder Lösung eines politischen Problems mindestens drei weitere Probleme auftun.

Trotzdem sollten wir uns immer wieder die Erfolge, die wir erreicht haben, auf die Fahnen schreiben.

GE
MEIN
SAM

Ich bin heute sehr stolz auf diesen Verband und das, was wir gemeinsam in den letzten Jahren erreicht haben. Eine Landtagswahl mit vielen jungen Abgeordneten im Landtag, einen guten Koalitionsvertrag mit einer schwierigen Partnerin, eine Europawahl mit grandiosen Ergebnissen und vielen guten Anträgen, die ich für euch mit der Fraktion und der Partei verhandeln durfte.

Das alles macht klar: Wir als junge Generation wollen Politik voranbringen und gestalten.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die letzten zweieinhalb Jahre hart waren. Ich bin häufig an meine Grenzen oder auch über sie hinausgegangen.

Es gab viele Tage des Schlafmangels, weil wir bis spät abends Programm hatten. Und ja, auch all die Zoom-Konferenzen der letzten Monate, die unzähligen Telefonate, Not-Telefonkonferenzen, Landesvorstandssitzungen, Kreisverbandsbesuche und Kreisverbandstouren waren schwierig mit einer Vollzeitanstellung und einem Privatleben zu vereinbaren.

Womit wir zu einer der wichtigsten Fragen kommen, die ich mir während meiner Zeit als Sprecher dieses Verbandes gestellt habe: Wie vereinbar ist die ehrenamtliche Tätigkeit in einem Verband wie diesem mit einer beruflichen Vollzeit-anstellung?

Wie wollen wir es endlich schaffen, dass wir uns als Verband weiterentwickeln und auch Menschen, die im Schichtsystem arbeiten oder eine Ausbildung absolvieren, zu uns kommen und auch Vorstandsaufgaben übernehmen können? Wie wollen wir es hinbekommen, dass endlich verschiedene Lebenswirklichkeiten in unseren Strukturen wiedergespiegelt werden?

Wir setzen wichtige Akzente in Bezug auf die Partizipation von Queer*s, FINTA*-Personen und BIPoCs. In den nächsten Monaten und Jahren müssen wir gemeinsam, egal ob als Landesvorstand oder als Basismitglieder, den Kampf für mehr Sichtbarkeit von unterschiedlichen Lebensentwürfen

mitdenken und mitkämpfen.

Politische Partizipation darf nicht von dem Einkommen der Eltern abhängen oder mit einem Hochschulabschluss zusammenhängen. Wir müssen raus aus unserer akademischen Wohlfühlzone. Rein in das Leben von Menschen, die in diesen krisengezeichneten Zeiten um ihren Ausbildungsplatz kämpfen. Wir müssen zuhören, diese Menschen mitnehmen und noch viel wichtiger: Wir müssen diese Menschen in unsere Strukturen miteinbeziehen..

Das Wichtigste an Politik ist die Selbstrepräsentation der Menschen, für die wir Politik machen. Mit den betroffenen Menschen Politik machen, nicht für sie.

Ich danke euch allen für diese unglaublichen anderthalb Jahre als Sprecher, zweieinhalb Jahre im Vorstand und bisherigen dreieinhalb Jahre als aktives Mitglied in diesem Verband, der mir so viel gegeben und auch so viel abverlangt hat.

Ich möchte auch weiterhin aktiver Teil dieses Verbandes sein, der im Rahmen seiner Möglichkeiten den Kampf für das gute Leben für alle vorantreibt.

Von der Stelle kommen

Text Lea Pankoke, KV Darmstadt / Darmstadt-Dieburg

Das Leben läuft nicht perfekt, niemals. Es gibt immer Steine, die im Weg rumliegen und jeden noch so perfekten Plan zunichte machen können. Doch ohne diese Steine würden wir vermutlich noch in Höhlen leben und kein Fortschritt wäre jemals gemacht worden. HERAUSFORDERUNGEN. Es gibt sie im kleinen und im großen Maß, beruflich, privat, politisch, gesellschaftlich und auf so vielen weiteren Ebenen. Aktuell stehen wir als Gesellschaft vor einem Dutzend davon und das löst bei vielen vermutlich auf anderen Ebenen weitere Probleme aus.



Solch einen Berg an Hürden anzugehen scheint auf den ersten Blick für viele unmöglich, es ist einschüchternd, wenn mensch sich klein und machtlos angesichts der aktuellen Problemlage fühlt. Denn niemand kennt sofort die Lösung für alles. Einen solchen Messias brauchen wir auch nicht, denn die Geschichte hat mehr als einmal bewiesen, dass eine herausfordernde Situation das einzige ist, was uns antreibt, nach vorne bringt, wenn Stillstand zu herrschen scheint und mensch es sich gerade schön gemütlich gemacht hat. In der Steinzeit kamen dann Bären, im Mittelalter brachen Krankheiten aus und Naturkatastrophen sind eh schlecht abzusehen. In den letzten Jahrzehnten machen wir uns als Spezies Menschen jedoch viele Probleme selbst. Natürlich, Corona konnte mensch nicht kommen sehen, doch möchte ich diesen Artikel lieber auf die Herausforderungen lenken, für die wir selbst verantwortlich sind und für die wir dementsprechend auch die Mittel haben, sie zu meistern. Viele gesellschaftliche und damit auch politische Herausforderungen sind vor Jahrhunderten verwurzelt, doch noch immer brandaktuell.

Rassismus, Sexismus, Diskriminierung aller Gruppen, die für faschistische Mächte nicht ins Bild passen, Kriege und Ausbeutung sind keineswegs neue Erscheinungen, sondern lediglich Symptome für den Hass, der in vielen Köpfen lebt und über Generationen weitergegeben werden kann.

Für viele Menschen, die unter systematischer Diskriminierung unserer westlichen Welt leiden müssen, ist der bloße Alltag eine Herausforderung. Für uns als Gesellschaft, die meint, so aufgeklärt, intelligent und inklusiv zu sein wie noch nie zuvor, besteht die Herausforderung in dem diskriminierenden Gedankengut, das in unserer Mitte lebt. Warum nennen wir es nicht jedes Mal beim Namen, wenn wir Zeug*innen solcher Taten werden?

Denn jede*r hat schonmal miterlebt, wie Menschen auf offener Straße diskriminiert wurden

- sei es eine Fahrkarten kontrollierende Person, die zuerst nicht weiße Menschen kontrolliert, merkwürdige Blicke auf Menschen mit Behinderung, anzügliche Püffe Frauen* hinterher oder abwertende Kommentare, wenn sich ein gleichgeschlechtliches Pärchen in der Öffentlichkeit küsst. Es gibt noch so viele weitere Beispiele für Situationen, in denen die meisten still bleiben, die Tatsachen nicht beim Namen genannt werden und wir die Täter*innen nicht darauf ansprechen, obwohl vermutlich niemand leugnen kann, so etwas schonmal erlebt zu haben. Es wäre ein deutlicher Schritt heraus aus der eigenen Komfortzone, das Annehmen der Herausforderung, vor der wir alle stehen, und gleichzeitig das Akzeptieren müssen, dass mensch nicht alleine die Lösung dafür hat und das Problem nicht von heute auf morgen verschwindet.

Doch wäre Stonewall jemals passiert, wenn nicht mutige trans*- und homosexuelle Aktivist*innen sich der Herausforderung des Konfrontierens der gewaltvollen Polizei gestellt hätten? Hätte es jemals eine Frauenrechtsbewegung gegeben ohne die damals riskante Forderung nach gleichen Rechten, die aus heutiger Sicht Jahrtausende lang überfällig scheint? Hätten Sklaverei und Segregation jemals ein offizielles Ende gefunden, ohne die tapferen Aufstände von PoC (People of Color)? Und wären jemals barrierefrei Gebäude gebaut worden, wenn niemand sie gefordert hätte?

Wir sind noch lange nicht am Ziel angekommen, die LGBTQ+ Community wird immer noch diskriminiert. Frauen* und nicht binäre Menschen haben noch keine gleichen Rechte in unserem patriarchalen System.

Rassismus und Gewalt gegen BIPOC (Black, Indigenous and People of Color) scheinen zur Zeit besonders in den USA, aber auch in anderen Teilen der Welt, die Sklaverei, Kolonialismus und Ausbeutung südlicher, oft afrikanischer Länder betrieben haben und wie z.B. Großbritannien noch bis 2015 Entschädigung an ehemalige Sklavenbesitzer*innen von Steuergeldern gezahlt haben, auf einen weiteren Höhepunkt gekommen zu sein. Und Menschen mit körperlicher oder geistiger Behinderung werden oft weiterhin an den Rand der Gesellschaft gedrängt und bekommen viel zu wenig staatliche Unterstützung. Wir haben praktisch in Herausforderungen, die wir uns selbst geschaffen haben. Auch wenn keiner der genannten Fälle auf eine*n selbst zutrifft, mensch also ein weißer hetero cis Mann ohne Einschränkungen ist, - was vermutlich auf die wenigsten Menschen zutrifft, - sollte mensch nicht gerade dann an der Abschaffung dieser gesellschaftlichen Hürden interessiert sein und mitwirken wollen?

Unsere Gesellschaft könnte für ALLE so viel besser sein, wenn wir unsere Stärken vereinen würden, anstatt den Hass Überhand über unser Tun und Handeln nehmen zu lassen

Obwohl wir noch viel mehr vor uns haben, als wir bisher erreicht haben, und wir uns regelmäßig an Ecken und Kanten stoßen, sollten wir doch das Erreichte nicht vergessen und schon gar nicht Schritte zurück machen, wie es uns in den USA, aber auch mit dem Einzug der AfD in den Bundestag und an vielen weiteren Beispielen vorgemacht wurde. Wir dürfen auch nicht vergessen, wo wir ohne all die mutigen Personen wären, die die Herausforderungen, die ihnen von anderen gestellt wurden, angegangen sind und damit das Leben für so viele andere verbessern konnten.

Wo können wir hinkommen, wenn wir die Chancen, die uns durch Herausforderungen gegeben werden, sehen und nutzen würden?

Der Anfangsstein ist schon längst gesetzt: Wir haben Vorbilder in der Vergangenheit, die uns gezeigt haben, was mensch erreichen kann. Nun gilt es, auf diesen Zug aufzuspringen, dieses Feuer am Leben zu erhalten und weitere Steine zu setzen, damit die Generationen nach uns nicht mit dem gleichen Mist zu kämpfen haben wie wir. Denn es werden neue Herausforderungen auf sie zukommen, die es für sie zu bewältigen gilt, also dürfen wir ihnen nicht die unseren auch noch aufladen.

Zeit, die Dinge neu zu sehen

Text Noëlle Klasner, KV Main-Taunus-Kreis
Foto Anna Pirot

Globaler Stillstand, Ausnahmezustand. Der Satz „Vergiss nicht die Maske aufzuziehen“, bevor mensch die Bank, einen Supermarkt oder öffentliche Einrichtungen betritt - plötzlich kein Hinweis mehr auf einen bevorstehenden Überfall. Und das Händeschütteln des Gegenübers keine Geste der Höflichkeit. Verkehrte Welt, könnte mensch sagen. Menschen, die angeblich für ihre Rechte und die Verfassung demonstrieren, stehen Seite an Seite mit denen, die diese im Kern bekämpfen wollen.

Sie weigern sich gegen eine Masken-Pflicht und fordern Meinungsfreiheit, während sie ungehindert auf Berlins Straßen gegen sämtliche Auflagen verstoßen und bis auf die Stufen des Reichstages stürmen können.

Plötzlich ist mensch ein hysterisches Schaf, wenn mensch Angst vor einer Pandemie oder dem Tod geliebter Menschen hat und Maßnahmen unternimmt, um andere und sich selbst zu schützen.

Und das in den Augen jener, die in panischer Angst vor 5G-Masten, Impfungen, Bill Gates und Eliten, die im Hintergrund die Welt kontrollieren würden, aufschreien. Das sind die, vor denen mensch Angst haben sollte. Menschen, die mit Nazis auf die Straße gehen - und sich nicht an ihnen stören.

Und das alles in einer Zeit, in der es wichtiger denn je ist, Solidarität zu zeigen und Verantwortungen gegenüber Mitmenschen und der Gesellschaft, in der mensch lebt, nachzukommen. Andere und sich selbst zu schützen, einander zu helfen und ein Stück Menschlichkeit wieder zu erlernen.

Allein, um sich selbst und die Menschen, die mensch liebt zu schützen, sind wir jetzt dazu verpflichtet, Verantwortung zu tragen, einander zu achten und zu respektieren.

Corona geht uns alle etwas an, auch wenn wir nicht alt oder Teil der Risikogruppe sind. Leben ist Leben, keins ist mehr wert als das andere. Und deswegen muss jedes wie das andere geschützt werden.

Wir sind eine Mehrheit, die den wenigen Corona-Leugner*innen und Nazis nun zeigen muss, dass wir eine solidarische und bunte Gesellschaft sind.

Eine Mehrheit, die statt quer durch das eigene verwirrte Hirn und Attila Hildmanns Telegram-Channel glücklicherweise mit dem Denken auch aus den eigenen Gehirnwindungen über die eigene Schädeldecke hinaus objektiv denken kann.

Andere Dinge, die ein Hirn in solch schwierigen Zeiten ebenfalls zum Denken über die bekannten Grenzen der eigenen Schädeldecke anregen könnten, wären zum Beispiel auch Themen wie der Klimawandel oder das Konzept von Arbeit. Aber was genau hat COVID-19 mit dem Klimawandel zu tun? COVID-19 ist ein Virus, das vielen Menschen das Leben gekostet hat und immer noch kostet, unser alltägliches Leben ausbremst, uns zwingt, das Berufs- und Schulleben neu zu organisieren, und Menschen in Gesundheitsbereichen die letzte schlecht bezahlte Energie raubt. Das ist nur eine kleine Aufzählung von Gründen, wieso wir dieses Virus so ernst nehmen müssen. Aber zum Ernstnehmen dieses Virus gehört vor allem auch, daraus zu lernen. Zu überlegen, wie mensch zukünftig Pandemien und ihre Folgen verhindern und besser eindämmen kann – aber auch zu lernen, das zu schätzen, was wir haben. Dazu gehört unsere Gesundheit, genauso wie die des Planeten. Diese Dinge zu wahren und zu schützen, scheinen mit die größten Herausforderungen der heutigen Zeit zu sein. Und Corona könnte uns dazu eine Start-Hilfe sein. Zum Beispiel für die Transformation in eine ökologische Gesellschaft.

Apokalypse,
oder
Chance auf
einen
grünen
Neustart?



Gerade, weil das Corona-Virus ebenfalls zu den Zoonosen gehört, also ein von Tieren übertragener Virus ist, brauchen wir ein verstärktes Bewusstsein für den Verzehr von tierischen Produkten in der Gesellschaft – und damit hoffentlich einen verstärkten Rückgang des Verzehrs tierischer Produkte, was auch aus ethischen Gründen sehr wünschenswert wäre. .

Ohne Umdenken in unserer Ernährung, auch unserer Gesundheit zuliebe, werden wir den Klimawandel jedenfalls nicht in den Griff bekommen.

Und das Risiko für einen Ausbruch eines ähnlichen Virus wird nicht zurückgehen.

Noch ein Bereich, der zum Umdenken anregen sollte: Die 40-Stunden-Woche, Montag bis Freitag mit dem Auto zur Arbeit hin und zurück und im Stau stecken bleiben. Vor Corona der Normalzustand bei vielen Erwerbstätigen in Deutschland. Jetzt heißt es für die meisten Homeoffice. Kein Stau mehr, keine tägliche Fahrt mehr ins Büro. Und weniger CO₂-Belastung durch Verkehr. Was anfangs wie eine Unmöglichkeit schien, nicht zuletzt der teilweise fehlenden oder armseligen technischen Ausstattungen von Bildungseinrichtungen oder den grauenvollen Internetverbindungen an einigen Orten geschuldet, ist jetzt Realität. Und diese Realität zeigt uns: Es geht auch anders. Arbeit geht auch von zu Hause aus. Auch wenn die virtuelle Kommunikation vom eigenen Schreibtisch andere Herausforderungen mit sich bringt, ist es eine Frage der Übung und Gewohnheit, diese zu meistern. Ähnlich verhält es sich mit der Trennung von Privat- und Berufsleben im Homeoffice. Die gewonnenen Freiheiten erfordern bessere Selbstorganisation und Disziplin, gleichzeitig führt die ultimative Nähe zum Arbeitsplatz zu einem höheren Erreichbarkeits-Risiko und

fordert die Fähigkeit des Nein-Sagens. Unser Arbeitsalltag hängt also sehr direkt auch mit unserer eigenen Gesundheit zusammen. Wie viel wir arbeiten, zu welchen Zeiten und in welchem Rhythmus, wie viele Pausen wir haben, wann wir erreichbar sind, wie viel frische Luft wir bekommen und wie viel wir uns bewegen können. Homeoffice erlaubt uns in den meisten Fällen diese Dinge eigenständiger zu organisieren – für die einen ein Segen, für die anderen eine größere Herausforderung. Achtsamkeit kann eine solche Herausforderung sein, die aber auf unsere eigene psychische Gesundheit auf längere Sicht deutlich mehr Einfluss hat als das, was wir monatlich verdienen.

All you need is less – Minimalismus können wir nicht nur in unserem Alltag umsetzen, auch in wirtschaftlicher Hinsicht könnte mensch mit diesem Ansatz eine zukunftsorientierte und nachhaltige Vision verfolgen und den Wirtschaftswachstums-Wahnsinn überdenken. Postwachstumsökonomie ist hier das Stichwort. Und die damit einhergehende Effizienz, Konsistenz und Suffizienz.

Wir brauchen eine Wirtschaft, bei der weder die Gesundheit der Erde noch die der Bevölkerung auf der Strecke bleibt.

Wir brauchen große Schritte in Richtung einer Green Economy.

Wir können COVID-19 nicht wegzaubern. Aber wir können unseren Einfluss in Form von Abstandsregeln, Masken und Hygieneregeln geltend machen, unsere Sichtweise ändern und uns fragen:

Apokalypse, oder Chance auf einen grünen Neustart?

Impressum

Landesgeschäftsstelle

GRÜNE JUGEND Hessen
Kaiser-Friedrich-Ring 77
65185 Wiesbaden

Organisatorische Landesgeschäftsführerin

Anika Hirte
0171 6831916
mail@gjh.de

www.gjh.de

Landesvorstand

Sprecherin

Deborah Düring
deborah.duering@gjh.de

Sprecherin

Samah Hefny
samah.hefny@gjh.de

Politischer Geschäftsführer

Christoph Sippel
christoph.sippel@gjh.de

Schatzmeisterin

Julia Himmelsbach
julia.himmelsbach@gjh.de

Frauen*politische Sprecherin

Hannah Blum
hannah.blum@gjh.de

Beisitzerin

Lara Klaes
lara.klaes@gjh.de

Beisitzer

Johannes Lauterwald
johannes.lauterwald@gjh.de

Beisitzer und queer- politischer Sprecher

Tobias Rieth
tobias.rieth@gjh.de

Herausgeber

GRÜNE JUGEND Hessen
Auflage 200 Stück

Redaktion

Laura Borgards,
Bruno Sanzenbacher,
Emelie Diefenbach,
Leonie Scheurell,
Karen von Rüden,
Vanessa Neumann

V.i.S.d.P.

Deborah Düring,
Samah Hefny

Art Direction und Design

Bureau Mitte
hello@bureaumitte.de

Fotografie

Anna Pirot

Druck

Print Pool GmbH
65232 Taunusstein

Der Schampus ist die Informationszeitschrift der GRÜNEN JUGEND Hessen und erscheint mit zwei Ausgaben pro Jahr.

Die Zustellung des Schampus erfolgt nur noch digital, Mitglieder können sich den Schampus auf Anfrage kostenlos per Post zusenden lassen.

Für eingesandte Manuskripte sind wir dankbar, behalten uns jedoch die Veröffentlichung vor. In dieser Zeitschrift angedruckte Artikel geben nicht in allen Fällen die Meinung der Redaktion wieder.

Du suchst Kontakt zu den Kreisverbänden? Du willst wissen, welche Arbeitskreise es gibt und wie du dich dort engagieren kannst? Du fragst dich, welche Termine anstehen und welche Pressemitteilungen bei der GRÜNEN JUGEND Hessen aktuell sind?

Dann besuch uns im Internet

www.gjh.de
Instagram: [gjhessen](https://www.instagram.com/gjhessen)
Facebook: [fb.com/Gruene.Jugend.Hessen](https://www.facebook.com/Gruene.Jugend.Hessen)
Twitter: [@GJHessen](https://twitter.com/GJHessen)

